

# Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 9. Mai 1931

Nummer 37

Des Himmelfahrtstages wegen muß Nr. 39 einen Tag früher fertiggestellt werden. Für jene Nummer besteht keine Veröffentlichung im Mittwoch, den 13. Mai, früh, in unsern Händen sein.

## Das Geld für die Arbeitslosen

Die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Milderung ihrer Folgen während der letzten Jahre aufgewandten Beträge setzen sich aus vielerlei Summen zusammen. Ebenso ist deren Verwendungszweck sehr vielfältig. Während der ersten Jahre nach der Währungsstabilisierung wurde der produktions- oder werkschaffenden Erwerbslosenfürsorge ganz besondere Beachtung geschenkt. Es ist aber zu beobachten, daß mit dem Anschwellen der Massenarbeitslosigkeit die unterstützende Tätigkeit stärker in den Vordergrund rückte. Der Grund hierfür ist finanzpolitischer Natur. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch zusätzliche produktive Leistungen stellt sich unvergleichlich teurer als die Unterstützung der Erwerbslosen. Die Löhne der in der produktiven Erwerbslosenfürsorge beschäftigten Arbeiter müssen gerechterweise höher sein als die an die Arbeitslosen zu zahlenden Unterstützungen. Hinzu kommen noch Ausgaben für Sozialbeiträge, Maschinen, Geräte, Handwerkszeug und je nach dem Charakter der Arbeit auch Ausgaben für Roh- und Hilfsstoffe. Dem steht gegenüber, daß die auf dem Wege der produktiven Erwerbslosenfürsorge geschaffenen Güter zwar einen enormen volkswirtschaftlichen Wert darstellen, aber dem Auftraggeber ein sofortiger Gegenwert nicht zulieft. Kanal- oder Chauffeebauten und ähnliches erscheinen eben nur auf der Aktivseite der volkswirtschaftlichen, nicht aber irgendeiner privatwirtschaftlichen Bilanz.

Wie schon gesagt, rückte infolge des Anschwellens der Arbeitslosigkeit die unterstützende Arbeitslosenhilfe sehr stark in den Vordergrund. In demselben Maße wie sich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt verschlechterten, gewann die Arbeitslosenhilfe unter allen Zweigen der deutschen Sozialversicherung an Gewicht. Das geht ganz deutlich aus den vereinnahmenden Beträgen der Arbeitslosenversicherung und deren Verhältnis zu den Einnahmen der übrigen Sozialversicherungsinstitute hervor. Darüber hat das Institut für Konjunkturforschung sehr reichhaltiges Zahlenmaterial veröffentlicht, dem auch die folgende Statistik entstammt.

Jahr	Beitragsentnahmen aller Sozialversicherungs-institute in Milliarden Mark	Beitragsentnahmen der Arbeitslosenversicherung in Milliarden Mark	Prozent der Einnahmen der Sozialversicherung von allen Einnahmen der Sozialversich.
1925	2,7	0,2	7
1926	3,4	0,5	15
1927	4,2	0,7	17
1928	4,9	0,8	16
1929	5,1	0,9	18
1930	5,1	1,1	22

Aus obiger Tabelle geht hervor, daß die Beitragsentnahmen aller Sozialversicherungsinstitute seit 1925 stetig gewachsen sind. Sie stiegen von 2,7 Milliarden Mark im Jahre 1925 bis auf 5,1 Milliarden Mark im Jahre 1929, blieben dann aber im Jahre 1930 stabil. Anders entwickelten sich die Beitragsentnahmen der Arbeitslosenversicherung. Sie stiegen sehr viel stärker als die Gesamteinnahmen, was das Herausgehen des Prozentfußes (Spalte 3) an den Gesamteinnahmen deutlich zeigt. Auch ist in der Steigerung der Beitragsentnahmen zur Erwerbslosenversicherung von 1929 zu 1930 kein Stillstand eingetreten, sondern diese haben gerade im vergangenen Jahr die stärkste Steigerung erfahren. Sie erhöhten sich von 0,9 auf 1,1 Milliarden Mark, wodurch ihr Anteil an den Beitragsentnahmen aller Sozialversicherungsinstitute von 18 auf 22 Proz. stieg.

Die Beitragsentnahmen der Arbeitslosenversicherung reichen jedoch nie aus, um den erforderlichen Unterstützungsaufwand zu bewältigen. Es ist bei der Arbeitslosigkeit so, daß bei ihrem Anwachsen die Ziffer der Beitragszahler zurückgeht und zu gleicher Zeit die Unterstützungsausgaben wachsen. Die so entstehenden oder in Aussicht stehenden Defizite durch Herausheben der Versicherungsbeiträge abzudecken, hat sich für die Vergangenheit als ebenso schwierig erwiesen, wie es vielleicht auch künftig auf die Dauer unmöglich erscheint. Die öffentliche Hand sprang durch Zuschüsse oder Darlehen, die später niedergeschlagen wurden, ein. Deren Höhe und ihr Ver-

hältnis zu dem Beitragsaufkommen geht aus folgender Tabelle hervor:

Jahr	Beitragsaufkommen in Millionen Mark	Zuschüsse der öffentlichen Hand in Millionen Mark
1924	222,4	183,3
1925	165,0	86,6
1926	523,6	649,7
1927	690,7	272,6
1928	823,7	—
1929	868,4	396,3
1930	1061,7	729,4

Diese Tabelle zeigt ganz deutlich, daß die Zeiten schlechter Wirtschaftskonjunktur die öffentliche Hand noch jedesmal zwingen, mit Zuschußzahlungen einzupringen. Die soziale Reaktion buchte es als einen gewaltigen Erfolg in ihrem Sinne, daß die letzte „Reform“ der Arbeitslosenversicherung diese vom Reichsstat ganz unabhängig machte. Die freien Gewerkschaften haben wieder und immer wieder darauf hingewiesen, daß in Zeiten sich verschlechternder Wirtschaftskonjunktur, also in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit, dieser Zustand unhaltbar werden würde. Aber der Hintergedanke, die schwierig werdende finanzielle Lage bei der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zur Propaganda eines Abbaues der Unterstützungssätze auszunutzen, seierte in der Unabhängigmachung vom Reichsstat seinen Triumph. Nun hat die Entwicklung die Ansicht der freien Gewerkschaftler viel schneller als richtig erwiesen, als es uns allen lieb ist. Im vergangenen Haushaltsjahr der Reichsanstalt, das am 1. März d. J. endigte, deckten sich Einnahmen und Ausgaben. Zu Beginn des neuen Etatsjahres waren aber keine Mittel mehr vorhanden. Da die Zahl der zu Unterstützenden aber wesentlich über dem Durchschnitt von 1 1/2 Millionen lag, so entstehen für die ersten Monate Kassen Schwierigkeiten, die durch einen von der Reichsbank zur Verfügung gestellten Kredit behoben werden. Nun, Kassen Schwierigkeiten sind keine Etats Schwierigkeiten, und wenn es der Reichsanstalt gelingt, in den kommenden Monaten den Kredit zurückzugeben und für die Wintermonate Reserven anzuhäufeln, dann hätte ihr Etat die Feuerprobe bestanden. Aber wird das möglich sein? Der Haushalt der Reichsanstalt ist auf einer monatsdurchschnittlichen Unterstützungszahl von 1 1/2 Millionen und einem Beitragsfuß von 6 1/2 Proz. aufgebaut. Sind im Jahresdurchschnitt 1931/32 mehr als 1 1/2 Millionen Hauptunterstützungsempfänger vorhanden und geht damit ein Mindeeraufkommen an Beiträgen in Hand, das noch durch den allgemeinen Lohnabnah verstärkt wird, dann ist der Zeitpunkt neuer Kämpfe um die Arbeitslosenhilfe da. Es ist einfach unmöglich, die öffentliche Hand, und da in allererster Linie das Reich, von der finanziellen Beihilfe zu entbinden, in einer so furchtbaren Krise wie der jetzigen die Krisenopfer aus Mitteln der Allgemeinheit zu unterstützen.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit verschiebt die finanzielle Last in folgender Richtung: Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, Reich, Gemeinden. Jeder Arbeitslose kennt ja den Unterstützungsweg: Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge, Wohlfahrt. Die Mittel der Arbeitslosenversicherung werden aus den Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebracht, in die Aufbringung der Mittel zur Krisenfürsorge teilen sich das Reich in vier Fünftel und die Gemeinden mit einem Fünftel. Die Wohlfahrts-erwerbslosen werden in ganz überwiegendem Maße aus den Mitteln der Gemeinden unterstützt. Aus folgender Tabelle ist ersichtlich, in welchem Maße die drei oben genannten Stellen, also Reichsanstalt, Reich und Gemeinden, zur Beschaffung der Mittel für die Arbeitslosen herangezogen werden.

Jahr	Arbeitslosenversicherung	Krisenfürsorge	Wohlfahrtspflege der Gemeinden
		in Millionen Mark	
1927	622	147—152	45
1928	919	121	80
1929	1 118	161	145—165
1930	1 651	340	370

Aus dieser Zahlentafel geht erst einmal das Anwachsen der zur Linderung der Arbeitslosennot auszuwerfenden Mittel hervor. Der Gesamtaufwand entwidete sich wie folgt:

1927:	814—819	Mill. M.
1928:	1 020	Mill. M.
1929:	1 424—1 444	Mill. M.
1930:	2 361	Mill. M.

Darüber hinaus ist die Verlagerung der finanziellen Last klar zu erkennen. So fiel der Anteil der Reichsanstalt am

gesamten Unterstützungsaufwand von 1929 zu 1930 von 78 auf 70 Proz. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Anteil der Krisenfürsorge von 11 auf 14 Proz., und der Anteil der gemeindlichen Wohlfahrtspflege stieg von 11 auf 16 Proz.

Diese Betrachtungen zeigen, daß die riesige Arbeitslosigkeit, und vor allem die Unterstützung der gegen ihren Willen aus dem Wirtschaftsprozeß geworfenen Menschen, zum Kardinalproblem unserer Finanzpolitik geworden ist. Das Problem ist deshalb so schwierig, weil die Arbeitslosigkeit sowohl auf die Einnahme- wie auch auf die Ausgabenseite aller öffentlichen Etats ihre verheerende Wirkung ausübt. Der Arbeitslose zahlt keine Versicherungsbeiträge, er zahlt keine Einkommensteuer, er kann nur wenig kaufen, wodurch die Erträge aus der Umsatzsteuer zurückgehen; er kann sich gar nicht mehr oder ganz selten ein Glas Bier leisten, was im sinkenden Biersteuer-Aufkommen zum Ausdruck kommt; er muß auf Kaffee und ähnliche Genussmittel verzichten, die wir einführen und die, weil sie mit Zöllen belegt sind, die Zolleinnahmen des Reiches ungünstig beeinflussen. Auf der anderen Seite vermehren sich die Ausgaben, denn die erwerbslosen Menschen müssen leben. Hier muß die Heilung an der Wurzel des Übels „Arbeitslosigkeit“ einsetzten. Diese muß verhindert werden. Und der wirksamste Weg hierzu führt über die von den freien Gewerkschaften geforderte allgemeine Arbeitszeitverkürzung.

## Gewerkschaften und soziale Lasten

In allem Eland in Deutschland sind nur die Gewerkschaften schuld; Volk und Land können nur dann wieder gefunden, wenn ein scharf antigewerkschaftlich eingestellter Kurs gefeuert wird. Diese Tonart wird neuerdings in der Scharfmacherpresse wieder einmal besonders laut und aufdringlich angeblasen. Warum, das ist leicht zu erraten. Auch die Scharfmacher merken, daß sich die Dinge allmählich zuspitzen, daß die Reichsregierung, ob sie will oder nicht, eine klarere und bestimmtere Marschrichtung einschlagen muß. Um eine scharf rechtsorientierte Marschrichtung zu erzwingen, daher die neue struppellose und wahrhaft unverfälschte Hege gegen die Gewerkschaften. In dieser Hege tut sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ besonders hervor. Sie offeriert dem Reichszentraler gleich ein fertiges Antigewerkschaftsprogramm. Es besteht in einer unbedruckten Verleumdung der Gewerkschaften. So heißt es darin: „Die Sozialpolitik der sozialistischen Gewerkschaften, die mit der Berarmung unseres Volkes ebenso wenig rechnete wie mit dem verlorenen Krieg, die den Zernach unterstellte, die Tribute an das Ausland würden von den Reichern allein getragen werden, ist für die himmelschreiende Not der Gegenwart in erster Linie verantwortunglos.“

Ein starkes Stück! Nur Leute, die wider besseres Wissen darauflos gehen, können den freien Gewerkschaften vorwerfen, sie hätten ins Blaue hinein, ohne jede Berücksichtigung der durch den Kriegsausgang geschaffenen Schwierigkeiten Sozialpolitik betrieben. Das Gegenteil ist richtig. Tausendmal ist das in der Arbeiterpresse dargelegt worden. Wenn sich die Scharfmacher aber nicht von den Gewerkschaften belehren lassen wollen — was man von ihnen angehts ihrer satham bekannten Arroganz auch nicht gut erwarten kann —, so könnten sie doch auf Stimmen hören, die auch sie respektieren dürften. Wir wollen sie auf eine solche Stimme aufmerksam machen. Es ist die Stimme des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, der dieser Tage in Luzernburg über die Krise gesprochen hat. Luther sagte dabei u. a. nach einer Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“: „Die Steigerung der öffentlichen und sozialen Ausgaben in der Nachkriegszeit auf 28 Milliarden Mark (von 8,4 Milliarden Mark 1913) ist nicht ein Zeichen deutscher Verschwendungslust, sondern deutscher Armut. Zieht man bei einem Vergleich dieser Zahlen den gesunkenen Goldwert, die Vermehrung der Bevölkerung und die gesamten inneren und äußeren Kriegslasten in Betracht, so ergibt sich eine Steigerung um nur 89 Proz. gegenüber 87 in England, 90 in Schweden, 100 in der Schweiz. Wenn man die Aufwendungen privater Wohlfahrtspflege in den anderen Ländern, die in Deutschland infolge der Berarmung nur eine ganz geringe Rolle spielen, noch berechnen könnte, so würde sich dieser Prozentfuß wohl noch stark zugunsten Deutschlands ändern.“

Zerlegt man die von Luther erwähnten 28 Milliarden Mark in ihre einzelnen Bestandteile, dann zeigt sich erst recht, daß in Deutschland keineswegs sozialpolitisch des

Guten zuziel getan worden ist. Die Kriegsfolgen bestanden für Deutschland in einem ungeheuren Elend, und zur Eindämmung dieses Elends war eine Steigerung der öffentlichen und sozialen Ausgaben einschließend der Leistungen der Sozialversicherung unbedingt notwendig. Alle diese Milliarden öffentlicher und sozialer Ausgaben, all die Leistungen, die angeblich aus einer Überspannung des Verordnungsgebantens entstanden sind, waren zu einem großen Teil nichts anderes als Kosten sehr zweckmäßiger und rentabler Vorbeugung in hygienischer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Wenn Deutschland nach dem Krieg sich auf den Standpunkt gestellt hätte, es müsse, da der Krieg verloren sei, zur Linderung der Not weniger ausgegeben werden als vor dem Krieg — eine solche kurzfristige Rechnung wäre ihm im Laufe der letzten zehn Jahre wiederholt sehr teuer zu stehen gekommen. Allein, wozu soll man das noch besonders betonen? Auch die Schatzmacher wissen nur zu gut, daß die deutsche Sozialversicherung, wie wir vor kurzem erst am Beispiel der Invalidenversicherung gezeigt haben, eine ungeheure, aus den Kriegsfolgen stammende Last mitgeschleppt haben und heute noch miterschleppen. Auch Sie kennen, was der Reichsarbeitsminister vor nicht allzu langer Zeit im Reichstag hervorhob, nämlich die unvergleichlichen Opfer, die in der Sozialversicherung Arbeiter und Angestellte nicht nur für ihre Berufs- und Standesangehörigen, sondern auch für die Gesamtheit gebracht haben — Opfer, so groß, daß heute angesichts der Heile der Sozialreaktionäre der Ruf laut wird: Die Sozialversicherung zuerst den Versicherten. P.

**Hilte, ganze Arbeit!**

Den Gewerkschaften drohen riesengroße Gefahren, Gefahren, die unüberbrückbar erscheinen — und doch müssen sie mit eiserner Energie überdunden werden. So streifen meine Gedanken über das bisher gefasste Werk des Arbeitslosenproblems. Bekanntlich ist eine Kommission von der Reichsregierung zusammengetreten, um das Arbeitslosenend abzumehren bzw. Arbeitslose in den Produktionsprozess einzufachalten. Aber nach dem Stand der Dinge, wie das Gutachten jetzt vorliegt, ist damit der Sache wenig oder gar nicht gedient.

Aberlegen wir uns einmal den Punkt: „Betriebe unter zehn Personen sind hieron ausgeschlossen“. Was geschieht aber nun, wenn Betriebe, die bisher mehr als zehn Personen beschäftigt haben, einfach auf zehn Personen reduziert? Wird hier den Unternehmern nicht noch mehr Grenzen- und ängstliche Freiheit eingeräumt?

Und was geschieht nun teilweise mit den mittleren und größeren Betrieben? Daß die Unternehmer Personal einstellen, will ich gern glauben, aber nicht als intensive und produktive Arbeitskraft, sondern als sogenannte „Aufseher“ oder „Abteilungsleiter“, um damit unter strengerer Aufsicht daselbe hinauszufrachten, was vorher mit längerer Arbeitszeit geschah. Was jedoch eine ziemlich verheißte Spekulation werden dürfte; denn die bisherige Praxis hat zur Genüge bewiesen, daß je größer die Arbeitswilligkeit ist, um so unerschämter und rücksichtsloser die Zahl der Arbeitslosen vermehrt wurde!

Ebenfalls die Frage des Doppelverdienens müßte rücksichtslos eingedämmt werden. Und wie steht es nun mit dem Einstellungszwang? Bei all diesen Fragen ist nicht die Wurzel, sondern nur der Papp gepakt. Wenn diese wichtigsten Punkte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht absolut Gesetz werden, dann glaube ich an eine Erleichterung unfrer Wirtschaftsgesundung nicht, geschweige an Kleinereinstellungen in Betrieben in annähernd gewünschter Weise. Wir wissen alle, daß etwas Großes unternommen werden muß, damit die Arbeitslosen, die leider teilweise schon jahrelang aus dem Produktionsprozess ausgeschaltet sind, wieder in die Betriebe zurückkehren können. Daß wir hierfür gern große Opfer bringen müssen und auch wollen, ist eine Selbstverständlichkeit. Aber die großen Opfer müssen von beiden Seiten, von Unternehmern und Arbeitern, ob Groß- oder Kleinbetrieb, gerecht getragen werden. Dieses muß die heiligste und vornehmste Aufgabe aller sein. Nur dann ist ein gleichmäßiger Erfolg beschieden und kann dem Arbeitslosenend einigermaßen gesteuert werden. Hier heißt es für uns alle, ganz gehörig auf der Hut zu sein! (Fr. A. Lübeck).

**Aberorganisation im Verband**

Vor einiger Zeit wurde im „Korr.“ Stellung zu dem sehr begrüßenswerten Wunsch genommen, der sich im Bezirk Barmen breitgemacht hat, beim nächsten Verbandstag einen Antrag zu stellen, der — im Falle der Annahme — das Ende aller Sparten innerhalb des deutschen Buchdruckerverbandes bedeuten würde. Zur Begründung des Antrages wurde ganz richtig gesagt: „Wir Buchdrucker leiden an einer Aberorganisation und für uns genügen die Sparten: Lehrlingsabteilung zur Nachwuchsförderung, Bildungsverband zur sachtechnischen Weiterbildung und der Kollegenverein zur gesellschaftlichen Pflege.“ — So, sogar über die unbedingte Notwendigkeit des letzteren ließe sich noch streiten, denn ein zielbewußter Arbeiter wird, wenn er das Bedürfnis zum Singen hat, sich in erster Linie am dem Arbeitergängerbund zuwenden. (Das läuft doch auf ein und daselbe hinaus, denn fast alle unsere Kollegenvereine sind dem Arbeitergängerbund angeschlossen. Schriftleiter u.)

Wenn nun in der Stellungnahme zu dieser Anregung gesagt wurde, daß man mit diesen Ausführungen alle Spartenkollegen gegen sich haben werde, so ist das sehr bedauerlich, denn es beweist nichts klarer, als daß die Kollegen, die wahrscheinlich mit ihrer ohnehin knapp bemessenen Freizeit bisher weiter nichts anzufangen wußten,

als sich mit Berufsfragen zu befassen, keine blasse Ahnung von dem Aufbau der Gesamtarbeiterbewegung und von ihrem großen Ziel haben, denn sonst würden sie sich einmal ganz ernst fragen: „Wie lange habe ich mich mit Berufsfragen zu befassen und was habe ich außerdem noch für Aufgaben zu erfüllen?“

Ich frage nun diese Kollegen: „Wo soll ein Buchdrucker, der sich ernstlich bemüht, in der Verbandsarbeit seinen Mann zu stellen, der im Kollegenangereit ist, der vielleicht führend in der Lehrlingsabteilung mitwirkt, der das notwendige fachliche Wissen aus den Quellen des Bildungsverbandes schöpft, und der sich nun zu allem Überfluß auch noch der Arbeit in seiner Sparte widmen soll — wo soll denn dieser Kollege nun noch die Zeit und das Interesse hernehmen, an der weitaus wichtigeren Arbeit der Arbeiterbewegung teilzunehmen, sich mit Wirtschaftspragen zu befassen, sich — wie man immer so schön sagt, in seiner Freizeit über die sozialistischen Klassen zu beugen? Wann soll dieser Kollege Diskussionsstoff sammeln, den er, wenn es nottut, seinen politischen Gegnern unter die Nase hält, den er in der Betriebsratspraxis verwenden kann, mit dem er Indifferenten Begeisterung für die Arbeiterbewegung einbläuen kann? Und ich frage weiter: Wann in aller Welt ist diesem Kollegen auch einmal eine freie Stunde für sich gegönnt, in der er sich seiner Familie widmen kann?“

Mit all diesem soll natürlich nicht gesagt sein, daß man seinen Beruf vernachlässigen soll, da er ja jedem — vorausgesetzt, daß er eine Kondition in ihm findet — erst die Möglichkeit zu einer Existenzgründung bietet. Denn auch im sozialistischen Staat wird man arbeiten müssen, und gerade dann erst recht brauchen wir Leute, die mit dem Produktionsprozess von A bis Z vertraut sind, die einen Betrieb zu leiten imstande sind usw. Solcher Verdaßt schaltet von vornherein aus, denn für Berufsbildung ist im Bildungsverband zur Genüge gelogt, dort kommt jede Berufsgruppe auf ihre Kosten. Wir dürfen bloß bei aller Berufsausbildung nicht vergessen, daß wir Buchdrucker nur ein Bruchteil der Arbeiterbewegung sind; und daß es nur uns recht unsofortbar gegenüber unfrer Klassenossen ist, wenn wir uns in unfrer Freizeit ganz und gar in egoistischen Zielen aufgehen lassen; statt uns etwas regehr unfrer großen, gemeinsamen Aufgabe zu widmen: der Befreiung der Arbeiterklasse mit allen unfrer Kräfte den Weg zu bahnen. Deshalb weg mit Nebenbeschäftigungen und etwas mehr auf die Hauptsache bedacht. Kollegen, bedenkst erst dieses, und dann entscheidest. (Fr. A.)

**Das Buchgewerbe im Ausland**

Polen. Der Verband deutscher Buchdrucker in der Republik Polen, die Organisation der deutschen früheren Verbandsmitglieder, die in Polen verblieben sind, gibt in seinem Jahresbericht einen kurzen Rückblick auf das nunmehr zehnjährige Bestehen dieser kleinen Gewerkschaftsorganisation. Durch die Abtretung der Provinz Polen und des größten Teiles der Provinz Westpreußen an Polen war eine Zugehörigkeit der hier verbliebenen Kollegen zum Verband der Deutschen Buchdrucker nicht mehr möglich. Es entstand die Frage, welchen Weg diese zu beschreiten hätten, um ihre im Verband erworbenen Rechte zu sichern. Während ein großer Teil von ihnen sich der in Polen bereits bestehenden polnischen Organisation angeschlossen, zogen es andre vor oder waren durch die Besitzveränderungen gezwungen, nach Deutschland auszuwandern. Das Bestreben der übrigen Kollegen ging nun dahin, einen auf der alten Grundlage aufgebauten selbständigen Verband zu gründen, der u. a. auch die bisher erworbenen Rechte der Mitglieder übernehmen sollte. Trotz ultimativen Vorgehens des polnischen Verbandes gegen uns und Warnungen von anderer Seite, daß ein so kleines Gebilde keine lange Lebensdauer haben könne, erfolgte am 21. November 1920 die Gründung des Verbandes, der seine Tätigkeit mit Beginn des Jahres 1921 aufnahm. Bromberg wurde Sitz des Vorstandes; 206 Mitglieder und ein verblichener Kassenbestand von 139 1/2 polnische Mark waren die Fundamente. Oft schien es, als ob die Hoffnungen recht behaftet sollten, denn die Mitgliederzahl verringerte sich im Laufe des Jahres um weitere 73. Die Einnahmen gingen rapid zurück; und die Ausgaben steigerten sich infolge Lohnbewegungen zu beängstigender Höhe. Es wurde jedoch immer wieder Rat geschafft. Die Inflation steigerte sich in einem Tempo, daß es fast unmöglich war, die Beiträge entsprechend dem Geldwert festzusetzen. In den ersten Monaten des Jahres 1924 kam dann die neue Geldwährung in Gestalt der Goldzloty als Zahlungsmittel zur Einführung. Nach der Umrechnung — 1 800 000 polnische Mark = ein Zloty — ergab sich für die Verbandskasse ein Bestand von 37,50 Zloty bei 141 Mitgliedern. Gleichzeitig beschäftigten die Prinzipale, die Löhne auf die Kriegsbasis herabzubilden. Da die Preise für alle Bedarfsartikel in keinem Verhältnis hierzu standen, war die Gefährdung nach ergebnislosen Verhandlungen gezwungen, in den Streik zu treten. Nachdem dieser in Polen sieben Wochen lang gedauert hatte, schloß sich die Gefährdung der übrigen Druckere des Teilgebiets dem Kampf an, und nach weiteren drei Wochen war dieser zum Gunsten der Gefährdung beendet. 40 Proz. Lohnherabsetzung, Herabsetzung der höchsten Altersklasse von 24 auf 23 Jahre, Wiedereinführung der monatlichen Inbezahlungen bei Lohnregulierungen und Erhöhung verschiedener Leistungen waren das Ergebnis. Dieser größte und bis heute letzte Kampf kostete dem Verband rund 10 000 Zloty, wozu nahezu 7500 Zloty durch Extrabeiträge aufgebracht wurden. Die letzten fünf Jahre dienten dann dem weiteren Ausbau des Verbandes und seinen Unterföhrungseinrich-

tungen. Für letztere wurden bis zum Schluß des Berichtsjahres rund 70 000 Zloty verausgabt. Diese Leistung bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von nur 130 ist das beste Zeugnis für die Solidarität und Opferbereitschaft der Kollegen. — Die Forderungen, die auf das Jahr 1930 gestellt wurden, sind reiflos zu Wasser geworden. Waren die ersten Monate in mancher Hinsicht noch erträglich, so änderte sich das Bild gegen Ende des Jahres vollkommen. Es ist kaum zu viel gesagt, wenn heute behauptet wird, daß die allgemeine Wirtschaft am Rand des Abgrundes steht. Die Not breiter Volksschichten steigt ins Unermeßliche. Tausende der brotlos Gewordenen haben nichts zu essen und zu brechen. Zu der Arbeitslosigkeit gesellt sich die Kurzarbeit. Und nicht genug damit, haben die Arbeitgeber einen Generalangriff zwecks weiterer Senkung der an sich fargen Tariflöhne unternommen. Trotzdem und trotz Verbilligung der Rohstoffe ist von einer merklichen Preisreitung bei den Bedarfsartikeln nichts zu spüren. Alles fließt in die Taschen der Unternehmer oder der Zwischenhändler. Den Gewerkschaften ist es bisher nicht gelungen, dem brutalen Lohnabbau einen Damm entgegenzusetzen. — Dem allgemeinen Ansturm auf die Tariflöhne schlossen sich auch die Arbeitgeber des Buchdruckergewerbes der ehemals deutschen Gebiete Polen und Westpreußen an, obwohl hier die verhältnismäßig niedrigeren Löhne von ganz Polen gezahlt werden. Ohne den bisher üblichen, durch Tarifvertrag vereinbarten Verhandlungsweg zu repektieren, diffidierten sie den Gehilfen am 11. Februar einen Lohnabbau von 10 Proz., beginnend mit der ersten Lohnwoche im März. Zur Begründung mußte der fallende Index des Statistischen Amtes in Polen herhalten. Den vorher steigenden Index haben sie ignoriert und jede Lohnherabsetzung abgelehnt. Dieses Vorgehen der Prinzipalität veranlaßte die Gefährdung der beiden Verbände, entscheidenden Protest einzulegen, der allen maßgebenden behördlichen Instanzen zugestellt wurde. Trotzdem unter Vermittlung des Arbeitsinspektors in Polen schon Verhandlungen stattgefunden haben, ist bis jetzt kein greifbares Resultat zu verzeichnen. Die Vertreter der Korporation der Prinzipale haben es sehr geschickt verstanden, unter Vorgabe mangelnder Machtvollkommenheit Verhandlungen zwischen beiden Parteien zu vereiteln. Auf Antrag der Gefährtenvertreter ist das Schiedsgericht angerufen worden, das in der Sache entscheiden soll. Es muß erwartet werden, daß ein Sachgespräch gefüllt wird, der den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht, zumal in den letzten Wochen ein weiteres Anziehen der Lebensmittelpreise eingetreten ist. — Die große Arbeitslosigkeit im Berichtsjahr brachte der Kasse eine bedeutende Mehrbelastung. So wurde allein an Arbeitslosenunterstützung die Summe von 6463,50 Zloty verausgabt. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Mehrausgabe von 3703 Zloty. Ein Erhebliches hat hierzu die behördlich angeordnete mehrwöchige Schließung der Concordia-Druckerei in Polen beigetragen. Es muß damit gerechnet werden, daß dieser Ausgabeposten eine weitere Steigerung erfahren wird, denn die Zahl der Arbeitslosen ist noch immer im Steigen begriffen. Trotz der gesteigerten Ausgaben konnte die Verbandskasse mit einem namhaften Überfluß abschließen.

Belgien. Vierzehn Tage sind nunmehr verfloßen, seit die Sektion Bruxelles, die über die Hälfte der Mitglieder des Landesverbandes der belgischen Buchdrucker und sozusagen alle Berufsangehörigen der Hauptstadt in sich vereinigt, in den Uskan d getreten sind. Die an sich schon verworrene Lage scheint sich noch weiter verwickeln zu wollen. In einer Versammlung der Brüsseler Mitgliedschaft hat der Vorstehende der Sektion Lüttich, die zweitgrößte und wahrscheinlich kampfkraftigste Ortsgruppe des belgischen Verbandes, offen Partei ergreifen für die Forderungen der Brüsseler Buchdrucker. Wenn, so führte Kollege Malaise nach einem Bericht der „Voix Typographique“ aus, die Sektion Lüttich einfließen nicht in dem Kampf eintritt, so geschieht dies aus rein taktischen Gründen. Lüttich will nämlich die Brüsseler Bewegung finanziell unterstützen, um im gegebenen Moment mit den gleichen Forderungen in den Kampf zu treten. Dieses Verhalten steht in flagrantem Widerspruch zu dem Entschluß des Zentralvorstandes, den Brüsseler Streitenden jede Unterstützung zu verweigern, trotzdem diese darlegen, daß sie allein in den beiden letzten Jahren über 600 000 Fr. mehr an Beiträgen einzahlten, als sie in Form von Unterföhrungen zurückbekamen. In dem nun erstmalig seit dem Streikbeginn erschienenen Brüsseler Sektionsorgan, der „Voix Typographique“, richtet die Streikleitung einen Appell an die belgische Arbeitererschaft, der eine heftige Klage gegen den Zentralvorstand des Typographenbundes darstellt und worin die Gründe dargelegt werden, wegen deren die Sektion in die heutige Stellung gedrängt wurde. Es heißt darin u. a., „Die Brüsseler Forderungen sind konform mit denjenigen der Buchdrucker-Internationale, der Amerikaner Internationale, der belgischen Gewerkschaftskommission und des belgischen Typographenbundes. Der Kampf dreht sich um die Anerkennung der 44-Stunden-Woche, die Bewilligung von befristeten Ferien, die Abwehr des Lohnraubs, der infolge sinkenden Indexes in die Tat umgekehrt ist, da heute der Forderung einer Lohnherabsetzung von 25 Fr. pro Woche bereits ein Lohnabbau von 23,50 Fr. gegenübersteht. Um ihre reaktionären Pläne in die Tat umzusetzen, suchte die Führung des Typographenbundes die freie Betätigung der Sektion zu erzwingen durch ein Reglement, das ein Sohn auf die demokratischen Prinzipien ist. Man bedenke, daß auf den Landeskongressen 15 kleine Sektionen mit einer Gesamtzahl von 267 Mitgliedern über die gleiche Zahl Stimmen (15) verfügen, wie die Ortsgruppe Brüssel mit ihren 3090 Mitgliedern. Auf dem Kongress vom 30. März haben sich neun Sektionen des Buchdruckerverbandes, die 4519 Mitglieder umfassen



bei einem Gesamtbestand von 6370 Mitgliedern, mit 35 gegen 30 Stimmen für die Kündigung des Tarifvertrags am 1. April ausgesprochen. Ihr Votum wurde aber illusorisch gemacht durch dasjenige der andern Mitglieder des Graphischen Kartells, der Vertreter der Lithographen- und Buchbinderorganisationen, die fast geschlossen für die Annahme der Prinzipalsangebote stimmten. Nun steht aber fest, daß diese Gewerkschaften ihr Hauptaugenmerk auf die politische Betätigung richten, und zwar derart, daß dabei die rein gewerkschaftlichen Forderungen in den Hintergrund rücken, weil man sich deren Erfüllung auf legislativem Wege zum Ziel setzt. Kann man deshalb im Ernst von Disziplin der Brüsseler Buchdrucker sprechen? Sie sind der Ansicht, daß die Disziplinslosigkeit bei den Führern des Landesverbandes liegt. In derselben Nummer der „Voix Typographique“ wird berichtet, daß Verbandssekretär Zheunissens, der in der Druckerei des sozialistischen „Peuple“ angestellt ist, seine Tätigkeit dajelbst nicht aufgegeben habe, trotzdem alle andern Kollegen dem Ruf der Sektion gefolgt sind. Das gleiche sei der Fall bei dem Zentralpräsidenten Louis Stordeur, der in der Druckerei des „Soir“ angestellt ist; auf dessen Betreiben haben auch die andern Kollegen dieses Betriebes ihre bereits eingereichte Kündigung zurückgezogen, so daß in diesem Blatt der Betrieb nicht im mindesten gestört war. Die Wohnungen von Stordeur und Zheunissens werden polizeilich bewacht. „Voix Typographique“ rügt auch die Tatsache, daß in der „Dernière Heure“ die Photographen und Graveure sich dazu hergegeben hätten, Sah, der von Schreibmaschinenpersonal hergestellt wurde, zu übertragen und damit den streikenden Sechern in den Rücken gefallen seien. Zu dieser Dienstleistung seien sie durch den Sekretär des Lithographenbundes und früheren Sekretär der Lithographen-Internationale, Henri Werkmans, ermuntert worden. Ohne Partei zu ergreifen für die eine oder andre Richtung in diesem vom Arbeiterstandpunkt äußerst betrüblichen Konflikt, muß doch gesagt werden: Es haben sich hier Vorfälle ereignet, die ein schlechtes Licht werfen auf die Geselligkeit und das Solidaritätsgefühl der belgischen Buchdrucker. — Am 3. Mai fand in Brüssel ein außerordentlicher Bundestag statt, der sich mit der Frage zu befassen hatte, ob der Landesverband die ausstehenden Brüsseler Kollegen zu unterstützen habe. Die Verhandlungen, die sich bis gegen 5 Uhr nachmittags hinzogen, endeten damit, daß der Kongreß mit 40 Stimmen gegen 26 Stimmen, bei fünf Enthaltungen, die finanzielle Unterstützung der Sektion Brüssel ablehnte und damit erneut deren Vorgehen mißbilligte. Beim Verlassen des Versammlungslokals wurden, nach Berichten der Tagespresse, verschiedene Zentralvorstandsmitglieder von Streikenden, die Ansammlungen in der Soldatenpoststraße bildeten, beschimpft und geschlagen.

**Frankreich.** Der Rektor der Pariser Universität teilte dem Zentralvorstand des französischen Buchdruckerverbandes mit, daß er gern das große Amphitheater der Sorbonne für die offizielle Feier des 50jährigen Jubiläums des Verbandes am 30. August zur Verfügung stelle. Die Sektion Paris wird ihrerseits das Nötige veranlassen, um die Jubiläumsfeier des Verbandes entsprechend auszugestalten. — In der „Imprimerie Française“ veröffentlichte der Verbandsvorstand eine Darstellung über den Streik der Firma Sirven in Toulouse. Es stellt sich immer mehr heraus, daß dieser Firma von der gesamten französischen Prinzipalität der Rücken gestärkt wird. Dies muß die Gehilfenschaft anspornen, alles daran zu setzen, damit der Streik für sie nicht verloren geht. Die Firma Sirven, die 150 Gehilfen nun schon seit vier Monaten feiern läßt, weil diese insofern steigenden Indexes auf einer täglichen Lohnerhöhung von 3 Fr. bestanden, sucht nunmehr im ganzen Land Streikbrecher anzuwerben, denen gegenüber sie sich viel weitzeiger zeigt als gegenüber ihrem Stammpersonal. Sie wirft für diese Sorte Helfershelfer Löhne von 700 Fr. wöchentlich aus bei freier Station. Trotzdem sind ihre Erfolge auf dieser Linie mehr als bescheiden. Die paar Streikbrecher, die ihren Arbeiterstoß abgetreift haben, sind von der Sorte, deren Unfähigkeit ihrer Annahme die Waage hält. Der Streik scheint nun-

# Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Joseph Bitter in Nürnberg  
Eingetreten: 10. Mai 1881 — Seht Invalide



Ludwig Essner in Berlin  
Eingetreten: 1. Mai 1881  
Reinhold Kühn 20. in Berlin



Otto Baumann in Berlin  
Eingetreten: 9. Mai 1881  
Seht Invalide

mehr an Ausdehnung zu gewinnen. Die Angestellten der Filiale der Druckerei Ströven in Barcelona haben der Direktion ein Ultimatum überreicht, worin sie sich mit ihren Kollegen aus Toulouse solidarisch erklären. — Das Arbeitsministerium hat dem Verband die Summe von 5 225 Fr. überwiesen als Halbjahreszuschuß für die Arbeitslosenunterstützung; daneben eine Reihe kleinerer Beträge, die für die einzelnen Sektionskassen bestimmt sind, die Arbeitslose zu unterstützen haben. — Die Straßburger Druckervereinigung wird zu Pfingsten einen Ausflug nach Paris unternehmen und im Verbandshaus empfangen werden. — Die Sektion Paris hat die wöchentliche Arbeitslosenunterstützung für die Ausgesteuerten von 20 auf 25 Fr. erhöht. Mehrere Pariser Tagesblätter sind zu Nummern nicht erschienen. Diese Tendenz des Nichterscheins an hohen Feiertagen scheint sich weiter auszubreiten. Die Pariser Seckerfektion hat Besprechungen mit der Technischen Kommission der Pariser Presse veranstaltet, um von ihr zu erwirken, daß das Personal durch diese neue Praxis nicht in ihrem Lohn geschmälert werde. Dieserlei Sparte hat eine Beitragserhöhung beschlossen. Ab 1. Mai beträgt der Monatsbeitrag für Maschinenseher, Seher und Drucker 20 Fr. für Hilfsarbeiter 10, Lehrlinge 6 Fr.

**Großbritannien.** Ein hochgeschätztes und sehr beliebtes Mitglied des Zentralausschusses des britischen Provinz-

verbandes starb vor kurzem in der Person des Kollegen Charles Powis. Immer war er mit großem Eifer und Geschick für die Sache seiner Berufsgenossen tätig, genoss er weit über die Grenzen des Berufs hinaus Ansehen und Wertschätzung. Das zeigte sich bei seinem Begräbnis auffallend augenscheinlich. Buchdrucker aus allen Teilen des Landes, Vertreter der Gemeindeverwaltung, Gelehrte, Mitglieder vieler anderer Berufsverbände nahmen daran teil. Bei den Beratungen seiner Organisation wird Kollege Powis sehr vermisst werden; seine kluge Taktik und reife Erfahrung sowie der tiefe Ernst, der über seiner Funktionärtätigkeit lag, wurden allgemein geschätzt. Gerade in dieser schweren Zeit, wo organisierte Arbeiter alle Kraft brauchen, ihre Lebensbedingungen zu verteidigen, sind wohlgesinnte und verständige Kämpfer von der Art des Kollegen Powis besonders notwendig. — Die Lage im britischen Buchdruckgewerbe bleibt mehr oder weniger stationär. Es gibt noch einen hohen Prozentsatz von Arbeitslosigkeit, besonders in den größeren Druckorten. Die verwandten Verbände haben es sehr schwer, bei der heutigen Depression ihren Vermögensstand zu behaupten. Die Mitgliedschaft der Typographical Association (Provinzverband) hat eben erst einer Erhöhung der Beiträge um 3/4 Pence wöchentlich durch eine Abstimmung zugestimmt. In erster Linie deshalb, um die Invalidenunterstützung von 15 Schilling wöchentlich für die nächsten Jahre aufrechtzuerhalten. — In London befindet sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt etwas. Das ist vielleicht auf die Nähe der Sommerferien zurückzuführen. Am 31. Januar betrug die Zahl der arbeitslosen Buchdrucker in London 917; Ende Februar 786. Die Finanzlage der Londoner Sehergesellschaft war am Ende des vorigen Jahres höchst zufriedenstellend. Das Jahr 1930 schloß nämlich mit einem Vermögen von 214 500 Pfund ab, dem höchsten Betrag in der Geschichte der Gesellschaft. Die Mitgliederzahl betrug 14 800. — In den Zeitungsbetrieben läßt sich das Inseratengeschäft etwas lebhafter an als vorher, was für alle Teile der Zeitungsarbeiter ermunternd ist. Noch eine andere hervorragende Morgenzeitung der englischen Provinz ist in den Besitz eines großen Truffs übergegangen, nämlich „Leicester Mail“, die seit 1. Mai Eigentum einer Rothemere-Gesellschaft ist.

## Korrespondenzen

**Detmold.** Am 21. April fand eine außerordentlich gut besuchte Versammlung statt. Vorsitzender hatten Herr Haer begrüßte die zahlreich erschienenen Kollegen, besonders der Kollegen Ströven (Berlin), der in unferer Mitte weilte. Im Mittelpunkt der Versammlung stand sein Vortrag über das Thema: „Druck und Jurisdiction“. Eingangs seiner Ausführungen betonte Redner die Wichtigkeit der Jurisdiction und warum der Drucker überhaupt zurechtigen muß. In kritischen Licht beleuchtete er die verschiedensten mechanischen Zurechtverfäher und deren Handhabung. Auf ausführlichste konnten wir aus bezuenden Munde etwas hören aus der Praxis des Druckers und über den Bau der Schnellpresse, Zylinderbefreiung, Farbwerke, über die Schwierigkeiten beim Druck, Aufzugsbehandlung und vieles mehr. Der Wert des Vortrags wurde noch erhöht durch die Darbietung von Lichtbildern. In der nachfolgenden Diskussion wurden noch einige technische Fragen gestellt, die vom Referenten beantwortet wurden.

**Düsseldorf.** (Maschinenseher.) Am 19. April hielten wir an Stelle unferer regelmäßigen Monatsversammlung Demonstrationsvorträge für die Linotype- und Monotypenkollegen ab. Nachdem Kollege Hirsch in der Februarversammlung die Neuerungen der Linotype besprochen hatte, wurden diese nunmehr an den Maschinen im Betrieb des Industrieverlages besichtigt und eingehend besprochen. Von der Mergenthaler Gestaltmaschinenfabrik waren die Herren Kießwertreter Freierberg und Monteur Gedwin anwesend, so daß den Kollegen auf alle Fragen eingehend Antwort gegeben werden konnte. Die Monotypen- und Linotypenbesichtigten die Monotypenanlage der Firma Gd. Link, wo Herr Ingenieur Groote von der Monotypengesellschaft einen Demonstrationsvortrag hielt. Anschließend erweiterte Herr Groote seinen Vortrag über das Thema: „Anwendungsmöglichkeiten der Monotype“. Die von ihm als Inspektor der

## Zur Reform des Kalenders

Die Mängel des jetzigen Kalenders sind so bekannt, daß sie nicht wohl besonders hervorgehoben zu werden brauchen. Zur Beseitigung dieser Mängel sind schon lange vor dem Krieg verschiedene Vorschläge gemacht worden, doch ist die Frage der Kalenderreform durch die weltbewegenden kriegerischen Ereignisse und ihre Folgen ganz zurückgedrängt worden. Vor einiger Zeit jedoch ging eine Notiz durch die Zeitungen, wonach die Reform des Kalenders vom Völkerverbund vorgenommen und durchgeführt werden soll. Die Vorschläge, die von dieser Seite gemacht werden, sind aber so eigenartig, daß sie nicht unwidersprochen stehen können. Das Jahr soll z. B. künftig nicht mehr 12, sondern 13 Monate haben. Wie lang soll hiernach das Vierteljahr sein, etwa 3 1/2 Monate? Und wie soll das öffentliche Rechnungswesen gehandhabt werden, das doch zum großen Teil auf der vierteljährlichen Abrechnung beruht? Ferner soll der 365. Tag, der bei der strengen Einteilung des Jahres in 13 Monate zu je vollen 4 Wochen übrig bleibt, als sogenannter neutraler Tag ohne Datum bleiben und das Jahr immer mit dem gleichen Wochentag beginnen, also die so wöchentliche Abwechslung abgeschafft und die Zeiteinteilung sozusagen in eine Zwangsjahe gesteckt werden.

Diesem Projekt des Völkerverbundes gegenüber möchte ich auf meine Vorschläge zurückkommen, die ich bereits in Nr. 306 der „Fr. Stargarder Zeitung“ vom 31. Dezember 1910 und in Nr. 1 desselben Blattes vom 1. Januar 1911

veröffentlicht habe und die ich nachstehend wiedergebe. Ich habe meinen Reformvorschlag im März 1928 auch dem Völkerverbund eingereicht.

Die Einteilung des Jahres in 12 Monate ist als feststehende Grundlage anzusehen, an der nichts zu ändern ist. Dagegen wird die Länge der einzelnen Monate abzuändern sein, wobei besonders darauf zu achten ist, daß der Monat Februar die gleiche Länge erhält wie die andern Monate. Die 365 Tage des Jahres sind so zu verteilen, daß jedes Vierteljahr 91 Tage oder volle 13 Wochen hat. Der bei dieser Verteilung übrig bleibende Tag ist dem vierten Vierteljahr und in diesem Monat Dezember zu belassen, wodurch der jetzige Zustand in der Zeitverteilung zwischen Weihnachten und Neujahr unverändert bleibt. Durch die Zuteilung von je 91 Tagen an die drei ersten Vierteljahre und von 92 Tagen an das letzte Vierteljahr wird erreicht, daß die Vierteljahre je volle 13 Wochen haben und daß alle Vierteljahre mit dem gleichen Wochentag beginnen. Die Verteilung der Tage auf die einzelnen Monate sei folgende:

Januar . . . 31,	Februar . . . 30,	März . . . 30	Tage
April . . . 31,	Mai . . . 30,	Juni . . . 30	Tage
Juli . . . 31,	August . . . 30,	September 30	Tage
Oktober . . 31,	November . 30,	Dezember . 31	Tage

Bei dieser Verteilung würden die Monate Januar, Juli und Oktober, die auch im jetzigen Kalender als erste Monate der Vierteljahre 31 Tage haben, unverändert bleiben, desgleichen der Monat Dezember. Durch die Ver-

längerung des Monats Februar muß aber eine Veränderung in der Zahl der Tage anderer Monate eintreten, und hierzu wären am besten die zweiten und dritten Monate der Vierteljahre heranzuziehen. Jeder erste Monat der Vierteljahre hätte also 31 Tage wie bisher, mit Ausnahme des Monats April, der bisher nur 30 Tage hatte; die andern beiden Monate je 30 Tage, mit Ausnahme des Monats Dezember, der wie bisher 31 Tage hätte. Bei dieser Neuverteilung der Tage würden also 7 Monate unverändert bleiben.

Es geht nicht an, nur um einer schematischen Gleichmäßigkeit wegen allen vier Vierteljahren je 91 Tage zuzuteilen und den übrig bleibenden 365. Tag sozusagen als Neutrum zu behandeln; vielmehr muß jeder Tag des Jahres auch ein bestimmtes Datum haben.

Der in den Schaltjahren vorkommende 366. Tag ist an den Schluß des ersten Halbjahres zu legen und als 31. Juni zu bezeichnen. Hiernach würden beide Halbjahre die gleiche Länge haben und die beiden überflüssigen Tage (der 365. und der 366. Tag) je am Schluß eines Halbjahres liegen.

Es geht auch nicht an, daß der 365. oder der erste Tag (also Neujahr) nicht nur kein Datum haben, sondern auch keine Wochentagsbezeichnung tragen soll. Abgesehen von der Unnatürlichkeit des Vorschlags an sich würde es auch bei der Berechnung von Fristen zu Unzutrefflichkeiten führen, wenn in diese Zeit ein Tag fielen (Neujahrstag oder Schalttag), der weder ein Datum, noch eine Wochentagsbezeichnung hat und die rechnungsmäßige Zahl von

Monotype in 27jähriger Praxis gesammelten Erfahrungen von B-Letter bis zur Supra und die verschiedenen Spezialanwendungen der Maschine im In- und Ausland besprach der Vortragende kurz und stellte sie als Thema für weitere Vorträge auf, die er in nächster Zeit noch behandeln will. Es ist ersprechend, was wir alles „nicht wissen“ oder nur ahnen und nicht beherrschen, und es ist bezauberlich, daß die Monotypiefabrik so für soviel erklärenden Drucksachen ist. Da das ganze Thema zu umfangreich war, erklärte Herr Groote zunächst in hervorragender Weise und an Hand von selbst angefertigten Zeichnungen und schematischen Darstellungen den neuen Spationierapparat. Wir sprechen hier den Firmen, die in anerkannter Weise um ihre Betriebe zur Verfügung stellten, unsern Dank aus, ebenso danken wir den einzelnen Vertretern der Maschinenfabriken und erwarten deren weiter angeforderten Vorträge.

**Eisenach.** (Stereotypen- und Galvano-plastik.) Die ordentliche Jahres-Gauperversammlung unserer Gauvereinigungen, die am 19. April hier abgehalten wurde, war trotz teilweise recht ungünstiger Zugerbindungen aus allen Teilen Thüringens gut besucht. Es hatten sich etwa 60 Proz. der Spartenkollegen eingefunden. Vorstehender E. Goldammer (Erfurt) konnte bei Eröffnung der Versammlung Vertreter des Gauverbandes (Kollegen Martin), des Brudervereins Leipzig (Kollegen Kaufeld und Schindler) und des Ortsvereins Eisenach (Kollegen Lieder) begrüßen, die der Stereotypen-Tagung Wünsche für erfolgreiche Arbeit übermittelten. Der vom Vorstehenden gegebene Jahres- und Kasienbericht ließ erkennen, daß es im verfloffenen Geschäftsjahr trotz wirtschaftlicher Bedrückung, die sich in Lohnabwärtungen und Arbeitslosigkeit auswirkte, innerhalb der Sparte erfreulich vorwärts gegangen ist. Diese Erkenntnis fand Ausdruck in der einstimmigen Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Am den in kleinen und kleinsten Provinzorten meist einzeln stehenden Stereotypenkollegen Gelegenheit zu geben, über die Enge des täglichen Wirkungskreises hinaus eine große Stereotypen- und Druckanlage kennenzulernen, wurde für die Herbsterversammlung eine Studienfahrt nach Leipzig beschlossen. Dort soll eventuell ein Zeitungsgröbberbetrieb beschafft werden. Kollege Kaufeld sagte namens des Leipziger Brudervereins für die Durchführung der Studienfahrt freundliche Unterstützung zu. Unter „Technischem“ entspann sich eine anregende Debatte über Wert und Unwert der gebräuchlichen Metallreinigungsmittel. Einmütig war man der Auffassung, daß man mit den im Handel befindlichen Reinigungsmitteln bezüglich ihres Läuterungswertes zufrieden sei, daß aber viele, an sich gute Mittel, durch lästige Dämpfe und Gerüche, wegen ihrer schädigenden Wirkung auf die Atmungsorgane nur dort anzuwenden seien, wo gute Abzugsvorrichtungen vorhanden sind. Kollege Kaufeld gab dann noch einen gebräugten Bericht über die Neuerungen der letzten technischen Messe, unter besonderer Berücksichtigung der Neuerungen an Stereotypmaschinen und galvanischen Nadeln. Mit einem Hoch auf Verband und Sparteklang der offizielle Teil der Tagung aus. — Nach gemeinsamer Mittagstafel fand trotz des wenig günstigen Wetters ein gemütlicher Spaziergang nach der Wartburg statt.

**Frankfurt a. M.** Zwischen der hiesigen Ortsgruppe des Bildungsverbandes und der Handsechervereinigung besteht seit kurzem eine Arbeitsgemeinschaft. Die erste Versammlung am 10. April unter dem Titel „Das neue Gesicht des Interests“ hatte einen außerordentlich guten Besuch aufzuweisen. Kollege Behrens verlas das Referat zu dem Interestsweitbewerber der Büchergilde Gutenberg. Der umfangreiche Wettbewerb konnte leider nur in einigen Exemplaren ausgeföhlt und im Lichtbild gezeigt werden, da die Enge des Raumes eine volle Auswertung des Materials nicht zuließ. In der Diskussion wurde rege debattiert über den Wert solcher Wettbewerbe für die Praxis. Besonders wurde darauf verwiesen, daß für die Tagespresse die Mehrzahl der Entwürfe wegen der Unmöglichkeit, einwandfreie Drucke zu erzielen, nicht in Frage kommen kann. Demgegenüber vermisste Kollege Liebmanns darauf, daß die Interests ja auch nicht für die Tagespresse bestimmt seien, so daß also die Einschränkungen bezüglich der Technik mindestens zum Teil wegfallen. Es wurde angeregt, auch einen Wettbewerb für Interests in Tageszeitungen gelegentlich zu veranstalten. Gewährmaßen als Abschluß des Abends folgte dann am 22. April eine Führung durch den Betrieb der Frankfurter Societäts-Druckerei. Herr Flug von der Geschäftsleitung hielt zu Beginn einen kurzen Einführungs-vortrag über die einzelnen Verfahren, Hochdruck und Tiefdruck. Nach ihm sprach ein anderer Herr über die kaufmännische Organisation des

Zeitungsbetriebes und insbesondere die Anzeigenwerbung. Anschließend folgte ein Rundgang durch den Betrieb. Außer Hand- und Maschinenseherei, Stereotypie und Kotation fanden die Tiefdruckrotationsmaschinen großes Interesse. An der Führung nahmen ungefähr 180 Kollegen teil.

**Görlitz.** (Maschinenseherei.) Unsere am 26. April abgehaltene Versammlung erhielt durch die Anwesenheit des Herrn Hartmann von der Intertypen-Gesellschaft ein besonderes Interesse. Der starke Besuch der Bezirks- und Ortsvereinskollegen war zu begrüßen. Nach einigen geschäftlichen Erledigungen erteilte der Vorstehende dem Vertreter der Intertypen, Herrn Hartmann, das Wort. Nach einleitenden Ausführungen, die sich mit der Entstehung der Sechsmaschine überhaupt befaßten, kam er zu seinem eigentlichen Vortrag „Die Intertypen“. In sehr sachlichen und klaren Worten, an Hand sehr guter Lichtbilder zeichnete der Vortragende die Intertypen mit ihren Verbesserungen. Der Vortrag fand großes Interesse und Beifall. Der Vorstehende dankte dem Referenten mit herzlichsten Worten.

**Göttingen.** Am 19. April fand hier unsere Bezirksversammlung statt, in der unser Gauvorsitzer Pfingsten einen Vortrag hielt über „Wirtschaftsstrife, Lohnlützung und Schlichtungsweisen“. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte die Versammlung eines verstorbenen Kollegen. Kollege Kramer begrüßte sieben Neuausgewählte und überreichte ihnen die Satzungen und die kleine Verbandsgeschichte. In seinem obengenannten Vortrag führte Kollege Pfingsten aus, daß die Weltwirtschaftskrise in Deutschland eine Verstärkung erfahren habe durch den verlorenen Krieg. Zusammenlegung der Betriebe und überflüssige Rationalisierung. Neben ging von den Errungenheiten der Arbeiter in der Nachkriegszeit auf die jegliche Lohnabwärtungen über und versicherte, daß der Verbandsvorsitz alles getan habe, um einen Abbau zu verhindern, sei aber gegen den verbindlich erklärten Schiedspruch machtlos gewesen. Er verzurückte den wilden Königsberger Streik, da ein solches Vorgehen der Gesamtkollegen nichts nützen kann, und vertrat den Standpunkt der Schriftleitung des „Korr.“. Zu einer Vertützung der Arbeitszeit auf 8 Stunden würde der Verbandsvorsitz gewöhlfreist wird. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß man entsprechende Vorschläge vermisse, um aus dieser Krise herauszukommen. Ferner wandte man sich gegen die hohen Gehälter und Pensionen der Beamten und wünschte eine Beförderung der Arbeiterwitwen. Kollege Pfingsten machte in seinem Schlusswort auf die Gefahren aufmerksam, in denen wir uns heute befinden und mahnte zur Einigkeit in gewerkschaftlicher Hinsicht, auch wenn die politische Einstellung eine andere ist. Aus Gründen der Spartenarbeit wurde beschlossen, bis auf weiteres die Bezirksversammlungen nur in Göttingen abzuhalten. Der Mitgliederbestand beträgt im Bezirk 273 Gehilfen und 76 Lehrlinge.

**Hamburg.** (Maschinenseherei.) Unsere Versammlung am 10. April war leider nicht so besucht, wie man es hätte erwarten können, was vom Vorstehenden bedauert wurde mit dem Bemerkten, daß in Zukunft die Versammlungen unbedingt besseren Besuch aufweisen müßten. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten übermittelte Kollege Klatz die Grüße der Bremer Kollegen, an deren Jubiläumstest er teilgenommen hatte, und gab dann bekannt, daß der Werkfilm der „Intertypen“ voraussichtlich Anfang Mai in einem hiesigen Lichtspieltheater für unsere Mitglieder vorgeführt werden wird. Sodann referierte Kollege Gräfe über „Was sagen uns die auswärtigen Jahresberichte?“. In längeren Ausführungen verstand es der Referent, interessante Vergleiche zu ziehen über alle aus den Berichten sich ergebenden Fragen. Speziell die immer mehr zunehmende Erwerbslosigkeit nahm einen großen Raum des Vortrags, der von der Versammlung beifällig aufgenommen wurde, ein. Im Anschluß an den Vortrag wurden sodann einige, besonders die arbeitslosen Kollegen bewegende Arbeitsnachweisfragen gründlich erörtert, deren bessere Lösung angestrebt werden soll. „Technisches“ bildete den Schluß der anregend verlaufenen Versammlung.

**Werra.** In unserer Versammlung am 18. April gab der Vorstehende einen Jahresrückblick über die vom Gewerkschaftsrat geleistete Arbeit. Mit Erstaunen wurde die Mitteilung aufgenommen, daß sich zwei Damen auf dem hiesigen Arbeitsamt gemeldet hätten zwecks Zuweisung von Seherstellen. Enttäuscht nahmen die Kollegen ferner davon Kenntnis, daß ein Lehrling, der bei der Eignungsprüfung abgelehnt worden ist, trotzdem in den Beruf aufgenommen wurde. Scharf wurde das Ver-

halten des Sachausschusses Freiburg gerügt, der nicht in der Lage war, solches zu verhindern. Zu diesem Punkt wurde eine entsprechende Entscheidung einstimmig angenommen. Nicht einverstanden ist auch unser Ortsverein mit dem Verhalten des Vorstehenden der Zentralkommission der Drucker betrefis Kellame für den Heidelberger Druckautomaten (gemeint ist die Beilage im „Klmsch“ Nr. 30). Es sei Verbands-, nicht nur Spartenfrage, hier Wünsche zu schaffen. Das Gelingen eines Druckerabendbesuches hänge von andern Umständen ab als von der Stoppuhr. (Die Beteiligung des Vorstehenden der Zentralkommission der Drucker an der Veranstaltung erfolgte mit Zustimmung der Zentralkommission aus rein sachtechnischen Gründen. Schriftleitung.)

**Stuttgart.** Eine Vertrauensmännerversammlung am 24. April war nicht von allen Betrieben besucht. Unser „Mitteilungen“ behandelte Kollege Klein Urlaubsbestimmungen, das Johannistfest, das am letzten Sonntag im Juni bei Dinkelacker stattfindet, und die Ehrung unser 50jährigen Verbandsbibliothek am 3. Mai. Zu den Betriebsratswahlen konnte er die erfreuliche Tatsache feststellen, daß in unserm Gau nur Freigewerkschaftler, die auf dem Boden der Amsterdamer Richting jeder Zerstörung entgegenarbeiten werden, gewählt worden sind. Wenn der neugewählte Betriebsrat der kommunikativen „Süddeutschen Arbeiter-Zeitung“ seine Zustimmung zur Entlassung des bisherigen Betriebsratsvorsitzenden gab, hat er einen Fall geschaffen, der sich früher oder später am eignen Betriebsratstörper — vielleicht noch schlimmer — auswirken wird. Vor kurzer Zeit hätte die Geschäftsleitung 3000 M. für ein freimüßiges Ausgehen des verlassenen Vorstehenden „geopfert“. Der neue Betriebsrat hat dieses Opfer schmerzlich gemacht, dazu kann nur der betreffende Kollege nicht einmal sein Recht vor dem Arbeitsgericht suchen. (An der Rechtsnachfrage der Arbeiterschaft trägt die RPD, durch nicht nachahmenswerte Beispiele in ihren eignen Betrieben ein gerüttelt Maß Schuld. Schlimmeres ist von den ärgsten Scharfmachern nie geboten worden. Die Arbeitslosenstrife mit 34,5 Proz. Vollerwerbslosen, 9,5 Proz. Kurzarbeitern und nur 46 Proz. Vollarbeitern wird von dieser Arbeiterpartei in ungeschöner Weise im Eigenbetrieb ausgenützt und demonstriert. Früher oder später muß Ermächtigung den verheherten Massen den klaren Verstand zurückgeben und damit die Erkenntnis, zu was die RPD-Anhänger mißbraucht worden sind. Welche dann die „Bonzen“ dieser Partei. Der Schriftf.) In unserm Beruf haben wir einmütigen günstiger Arbeitslosenstrife, 22 Proz. der Gehilfenstrife ist arbeitslos. Unser Gau hat im ersten Vierteljahr 27 000 M. Zuschuß aus der Hauptkassa benötigt. Durch Zuschüsse auch an andre Gauen hat sich das Verbandsvermögen um 2,5 Mill. M. verringert. Die Unterhaltungsstellen schmelzen gewaltig an. Im Gau Württemberg sind 900 Mitglieder (frank, inwaid, schweilos) daran beteiligt. Hätten wir nicht den durch vorbildliche Opferwilligkeit geschaffenen Reservefonds, wäre heute wohl keine andre Möglichkeit als Kürzung der Unterhaltungsätze, wie leider zu tun der Metallarbeiterverband gezwungen war. Der Verbandstag im kommenden Jahr wird sich mit diesem Problem eingehend beschäftigen müssen. Nur sofortige Arbeitszeitkürzung kann die Arbeitslosenstrife zurückdrängen. Nachdem der Hauptausschuß im preußischen Landtag einen dahingehenden Antrag, und zwar mit Lohnausgleich, angenommen hat, ist auf eine Verwirklichung dieser Forderung der Arbeiterschaft zu hoffen. Wenn wir warten wollen, was die Brauns-Kommission ausbrütet und ausföhlt, wäre die Wirtschaft entweder am Ende oder durch Besserung der gegenwärtigen trostlosen Lage der eventuellen Maßnahmen dieser Kommission entzogen. „Gut Ding will lang Weir“ ist zwar ein Sprichwort der alten unrationallistischen Epoche. Uns heute aber passen nur schnellschüssige, weitbildende Menschen als Führer aus dem Glend. Wer dazu nicht imstande ist, mag seine Ohnmacht eingestehen und andern die Zügel überlassen. Wenn ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt der RPD-Betrieb in Berlin eine Stunde Arbeitsdienst ohne Entschädigung zulegt, kann man ihm die Führung ins Glend nicht hoch genug anrechnen zur Aufklärung der Gesamtarbeiterschaft, wohin die Fahrt unter Mosauer Führung führen muß. Beim Punkt „Maiseier“ herrschte erfreulicherweise einiger Geist unter unsern Vertrauensleuten. Gerade die maßlose Ausnützung der Wirtschaftskrise durch Entlassungen und Kurzarbeit seitens der Arbeitgeber hat der Erkenntnis, wie notwendig die Demonstration am 1. Mai gegen solche Methoden sei, zur reifsten Beteiligung geholfen. Die Aussprache war eine rege und einmütige. Zum dritten Punkt, Bericht über Gehilfen- und Eignungsprüfungen“, sprachen die Kollegen

Wochen und Tagen um einen eingeschobenen Tag vermehrt. Dadurch, daß der Neujahrstag keine Wochentagsbezeichnung erfährt, sondern als Neutrum behandelt werden soll, würde wohl erreicht werden, daß jedes Jahr mit dem gleichen Wochentag beginnt und endet, beispielsweise mit einem Sonntag oder Montag. Diese Einseitigkeit und Gleichförmigkeit ist aber entschieden zu weitgehend und würde bald nicht mehr als ein Fortschritt, sondern als äde und langweilig empfunden werden. Eine kleine Abwechslung ist doch erfahrungsgemäß in allen Dingen nützlich und angenehm, und es ist sowohl für den einzelnen, wie auch im öffentlichen Leben anregender und schöner, wenn das Datum bestimmter Ereignisse nicht (wie vorgeschlagen) immer auf denselben, sondern (wie bisher) jedes Jahr auf einen andern Wochentag fällt.

Wenn nun schon der neutrale Neujahrstag auf Schwierigkeiten stoßen würde, wie sollte es erst mit den Schalttagen werden? Sollten diese auch als Neutrum behandelt werden und damit die Schwierigkeiten der Zeitrechnung noch vermehrt werden? Abgesehen von den Unzutüßlichkeiten im öffentlichen Leben würden sich wohl auch die christlichen Richten dagegen erklären, denn 7 Tage hat die Woche und nicht 8. Zudem entfällt die Frage: Soll dieser Schalttag ein Feiertag oder ein Arbeitstag sein? Die Arbeitgeber würden ihn nicht ohne weiteres als Feiertag, die Arbeiter kaum als Arbeitstag anerkennen wollen, weil er den Charakter eines eingeschobenen Tages, eines achten Tages in der Woche, hätte.

Die Bezeichnung der Neujahrs- und Schalttage als neutrale Tage ist also abzulehnen; denn jede Reform soll doch den Zweck haben, unter Beibehaltung des bewährten Alten vorhandene Mängel zu beseitigen und nicht neue Schwierigkeiten zu schaffen, die dann doch wieder durch eine neue Reform behoben werden müßten.

Zu den Fragen, die mit der Reform des Kalenders zusammenhängen, gehört auch die Festlegung des Osterfestes. Die Mithände, die durch die großen Schwankungen des Osterfestes im öffentlichen Leben, besonders aber im Schulwesen, hervorgerufen werden, sind ebenfalls so bekannt und schwerwiegend, daß ihre Beseitigung wohl allseitig mit Freuden begrüßt werden würde. Die der Festlegung des Osterfestes entgegenstehenden Schwierigkeiten würden sich bei gutem Willen leicht beseitigen lassen, wenn nur erst eine Einigung über den entgültigen Termin des Festes erzielt wäre. Es ist wohl klar, daß diese Festlegung nur eine beschränkte sein kann und daß eine kleine Schwankung wird bestehen bleiben müssen, weil das Osterfest auf einen Sonntag fallen muß. Vom rein religiösen Standpunkt aus wäre der erste Sonntag nach dem Frühlingsanfang der geeignete Tag, weil das Osterfest sowohl im kirchlichen, wie im weltlichen Sinn ein Fest der Auferstehung ist und der Tag dieses Festes aus diesem Grunde möglichst nahe am Frühlingsanfang liegen müßte. Vom Standpunkt des praktischen Lebens aus wird es sich aber empfehlen, das Osterfest etwas später zu legen, und zwar auf den ersten Sonn-

tag im April. Für diesen Termin sprechen sowohl die Interessen der öffentlichen Verwaltung, wie auch die bürgerlichen Lebens. Besonders vorteilhaft wäre diese Festlegung auch für die Schule, weil dadurch die äußerst störend wirkenden Einflüsse der Schwankungen des Ostertermins beseitigt, das Schuljahr eine einheitliche Länge erhalten und die Lehrpläne vorteilhafter aufgestellt und eingehalten werden könnten.

Will man erreichen, daß das Osterfest auf den ersten Sonntag nach Frühlingsanfang und zugleich auch auf den ersten Sonntag im April fällt, dann müßte noch eine weitere Reform des Kalenders eintreten. Diese Reform würde darin bestehen, daß der jegliche mehr willkürliche Anfang des Jahres auf einen in astronomischer Beziehung berechtigteren Tag gelegt würde, z. B. so, daß Wintersonnenanfang und Jahresanfang zusammenfielen. Der jegliche 21. Dezember müßte dann zum 1. Januar werden und das ganze Jahr eine dementsprechende Verschiebung erfahren. Die sonstige Einteilung des Jahres bliebe wie vorgeschlagen. Dieser letzte Teil der Kalenderreform ist aber für das praktische Leben nicht notwendig und brauchte daher auch nicht durchgeführt werden.

Im allgemeinen ist aber sowohl die Reform des Kalenders, wie auch die Festlegung des Osterfestes dringend wünschenswert, und daher sollten die maßgebenden Stellen diese Angelegenheit wirksam fördern, um so bald wie möglich zu dem erwünschten Ziel zu kommen.





